
PRESSE-DIENST

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE IN HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN
BDI-LANDESVERTRETUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

... Herbstpressekonferenz 2016 ... Herbstpressekonferenz 2016 ... Herbstpressekonferenz 2016 ...

Ergebnisse der UVNord-Herbst-Politikumfrage (Schleswig-Holstein)

Aktualität: 2. November 2016

Die Unternehmen in Schleswig-Holstein sind zur Arbeit der Landesregierung (SPD-Grüne-SSW-Koalition) insgesamt sowie zu den Erwartungen an die zukünftige Landesregierung und zu deren einzelnen Ressorts nach der Landtagswahl am 7. Mai 2017 befragt worden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Befragung war die Zusammenarbeit mit der Freien und Hansestadt Hamburg.

Bewertung der Arbeit der schleswig-holsteinischen Landesregierung (SPD-Grüne-SSW-Koalition)

37 %¹ (Frühjahr 2016: 34 %) der befragten Unternehmen sind mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden, 63 % unzufrieden.

Im Vergleich zur Umfrage aus dem Frühjahr 2016 hat sich die Zustimmung zur Arbeit der SPD-Grüne-SSW-Koalition leicht verbessert.

An der Arbeit der Koalition werden als Hauptkritikpunkte die Situation der Verkehrsinfrastruktur ohne erkennbare Verbesserungsbemühungen sowie eine fehlende mittelstandsfreundliche Politik im Land genannt. Insbesondere die immer wieder fehlenden planungsreifen Verkehrsvorhaben für zusätzliche Mittel vom Bund erzeugen Frust bei den befragten Unternehmen. Außerdem wird zu wenig Unterstützung für die Industrieunternehmen bemängelt und die Energiepolitik als wenig strategisch durchdacht bewertet. In Bezug auf die Haushaltspolitik erwarten die Unternehmen

¹ Die Zahlen beziehen sich ausschließlich auf die an der Umfrage beteiligten Unternehmen. Sie sind nach kaufmännischen Gesichtspunkten gerundet.

einen Rückgang der konsumtiven Ausgaben und eine Verstärkung der Investitionen.

Häufiger werden zudem wirtschaftsunfreundliche Tendenzen, z. B. beim Vergabeverfahren, bei der Bürokratie und beim Umweltschutz genannt.

Positiv genannt werden das Engagement für den Flüchtlingspakt des Landes sowie für die Fachkräfteinitiative.

Erwartungen an die zukünftige Landesregierung:

Von der am 7. Mai 2017 gewählten Landesregierung erwarten die Unternehmen insbesondere deutliche Signale für Wachstum und Beschäftigung mit einer mittelstandsfreundlichen Politik sowie einen verstärkten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Ebenso wünschen sich die befragten Unternehmen ein Bekenntnis zur Industrie im Land und die Weiterführung des Engagements zur Integration von Flüchtlingen in den Ersten Arbeitsmarkt und die Fortsetzung der Arbeit der Fachkräfteinitiative. Außerdem wurden häufig eine Verwaltungs- und Strukturreform sowie Bürokratieabbau und die Deregulierung als Erwartungen genannt.

Von den nachfolgend genannten Ressorts einer neuen Landesregierung ab dem 7. Mai 2017 erwarten die Unternehmen:

(Der Zuschnitt der Ministerien entspricht dem derzeitigen Stand und kann nach der Landtagswahl noch Veränderungen erfahren.)

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Von dem zukünftigen Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume erwarten die befragten Unternehmen einen aktiveren Einsatz auf Bundesebene für eine Reduzierung regionaler Lasten im Rahmen der Energiewende bis hin zu einer fairen Verteilung der Kosten für den Netzausbau sowie die Streichung regionaler EEG-bedingter Umlagen. Außerdem muss die Einflussmöglichkeit von Umweltverbänden auf ein erträgliches Maß eingeschränkt bzw. reduziert werden. Zudem wünschen sich die befragten Unternehmen weniger Umwelt- und Energieauflagen. Des Weiteren erwarten die befragten Unternehmen, dass die Arbeit des Ministeriums nicht mehr von „grüner Ideologie“ bestimmt wird.

Finanzministerium

Die schleswig-holsteinischen Arbeitgeber erwarten vom neuen Finanzministerium, dass die hohen Steuereinnahmen weiterhin konsequent zur Schuldentilgung eingesetzt werden und die Haushaltskonsolidierung weiter vorangetrieben wird. Ebenso würden eine Senkung der Grunderwerbssteuer und ein Bürokratieabbau mit einer vereinfachten Steuergesetzgebung begrüßt.

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

Von dem zukünftigen Innenministerium erwarten die befragten Unternehmen eine Intensivierung der Städtebauförderung zur Stärkung der Städte in den Regionen sowie eine Verwaltungsstrukturreform einschließlich der Digitalisierung von Verwaltungsaufgaben. Ebenso erwarten die Unternehmen mehr Anstrengungen hinsichtlich der inneren Sicherheit sowie eine Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Daneben fordern die befragten Unternehmen eine konsequentere Rückführung abgelehnter Asylbewerber und mehr Anstrengungen zur Integration von anerkannten Schutzsuchenden.

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Von dem neuen Ministerium für Justiz, Kultur und Europa erwarten die Unternehmen professioneller arbeitende Haftanstalten sowie einen praktikableren Denkmalschutz im Land. Außerdem muss die Justiz in vielen Bereichen schneller werden, die Unternehmen beklagen zu lange Verfahrensdauern.

Ministerium für Schule und Berufsbildung

Von dem zukünftigen Ministerium für Schule und Berufsbildung erwarten die Unternehmen die Fortführung bzw. die weitere Einrichtung von Jugendberufsagenturen sowie den konsequenten Ausbau einer professionellen Berufs- und Studienorientierung in Schulen. Ebenso werden eine bessere Ausstattung der Schulen sowie eine bessere Unterrichtsversorgung gefordert. Häufiger werden bessere Mathematik- und Physikkenntnisse von Schulabgängern gefordert. Außerdem vermissen einige Unternehmen eine stärkere Binnendifferenzierung an den Gemeinschaftsschulen.

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

Von dem zukünftigen Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung fordern die befragten Unternehmen eine stärkere Förderung des Wissenschaftsstandortes, die Abschaffung der Pflegekammer sowie weiterhin starkes Engagement zur Integration von Menschen mit Schwerbehinderung in den Ersten Arbeitsmarkt. Zudem sehen die befragten Unternehmen die Notwendigkeit, zukünftig das Ressort „Wissenschaft“ gemeinsam mit dem Ressort „Schule

und Berufsbildung“ zur Stärkung des Bildungs- und Wissenschaftsstandortes zusammenzuführen oder am besten in das Wirtschaftsressort zu verlegen..

**Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit, Verkehr
und Technologie**

Die schleswig-holsteinischen Arbeitgeber erwarten von dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie einen zügigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, eine länderübergreifende Förderung der Industrie und Wirtschaft in der Metropolregion Hamburg, eine bessere personelle Ausstattung des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr, damit baureife Infrastrukturmaßnahmen in Schleswig-Holstein zukünftig aus der „Schublade gezogen“ werden können, sowie mehr Engagement zur Fertigstellung und Weiterbau der A20 einschließlich der Elbquerung und ein zügiges Vorankommen beim Ersatzbau der Rader Hochbrücke. Außerdem wird eine stärkere Positionierung Schleswig-Holsteins als überregionaler/internationaler Wirtschaftsstandort gefordert. Ebenso erwarten die Unternehmen einen besseren Zugang zur öffentlichen Auftragsvergabe, eine Erhöhung der Investitionsquote des Landes sowie die Abschaffung bzw. die Novellierung des Tariftreue- und Vergabegesetzes. Darüber hinaus muss der Breitbandausbau weiter vorangetrieben werden und eine Strategie zur Ansiedlung von Industrie, Stärkung von Unternehmertum und Unternehmensgründung auf den Weg gebracht werden.

**Zusammenarbeit
Schleswig-Holsteins mit der
Freien und Hansestadt Hamburg**

96 % der befragten Unternehmen erwarten von der neuen Landesregierung, dass die derzeitige Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit Hamburg weiter vertieft wird, nur 4 % erwarten eine eingeschränkte Zusammenarbeit.

Die Unternehmen fordern, dass die in den letzten Jahren langsam verstetigte Zusammenarbeit der beiden Bundesländer auch von einer neuen Landesregierung intensiv fortgesetzt wird. Die Unternehmen erwarten, dass der Technologiestandort Norddeutschland gestärkt wird und dabei auch die Strahlkraft des Standorts Hamburg für Schleswig-Holstein mitgenutzt wird. Häufiger genannt wird sogar der Ausbau der Zusammenarbeit bis hin zum „Nordstaat“. Die Unternehmen sehen durch Kooperationen und Zusammenschlüsse auf verschiedenen Ebenen, wie z. B. Wirtschaftsförderung, Landesplanung etc., noch erhebliche Synergieeffekte. Stadtstaat und Flächenland sollen und können sich aus

Sicht der befragten Unternehmen hervorragend ergänzen. Die Menschen und Unternehmen denken und agieren bereits seit Jahren nicht mehr in Landesgrenzen. Die Unternehmen erwarten erneut ein gemeinsames Marketingkonzept sowie länderübergreifende Anstrengungen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur.

Fazit

Gegenüber der letzten Umfrage aus dem Frühjahr 2016 über die Arbeit der aktuellen SPD-Grüne-SSW-Koalition in Schleswig-Holstein haben sich die Zustimmungswerte von 34 % auf 37 % leicht verbessert. Die schleswig-holsteinische Wirtschaft ist mit der bisherigen Arbeit der aktuellen Landesregierung aber noch nicht vollständig zufrieden.

Vermisst werden nach wie vor nachhaltiges Engagement zur Verbesserung der Situation der Verkehrsinfrastruktur sowie Signale für eine mittelstandsfreundliche Politik im Land. In Bezug auf die Haushaltspolitik erwarten die Unternehmen einen erheblichen Rückgang der konsumtiven Ausgaben und eine Verstärkung der Investitionen, die die Investitionsquote des Landes wieder aufwachsen lässt.

Von der zukünftigen Landesregierung nach der Landtagswahl am 7. Mai 2017 erwarten die befragten Unternehmen im Wesentlichen Haushaltsdisziplin sowie eine mittelstandsfreundliche Politik. Die Erwartungen an die verschiedenen Ressorts sind höchst unterschiedlich formuliert worden.

UVNord ist der wirtschafts- und sozialpolitische Spitzenverband der norddeutschen Wirtschaft und vertritt über seine 86 Mitgliedsverbände die Interessen von mehr als 42.300 Unternehmen, die in Hamburg und Schleswig-Holstein rund 1,56 Millionen Menschen beschäftigen. UVNord ist zugleich die schleswig-holsteinische Landesvertretung des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI).

UVNord führt regelmäßig Umfragen zur konjunkturellen und politischen Lage in Hamburg und Schleswig-Holstein durch.

Ansprechpartner: Sebastian Schulze, Geschäftsführer und Pressesprecher
Telefon: 04331 – 1420-55 (Rendsburg), 040 – 637851-23 (Hamburg),
E-Mail: schulze@uvnord.de,
www.uvnord.de

04.11.2016